8. Satzung
Zur Änderung der Satzung über die Erhebung der Abgaben für die Abwasserbeseitigung der
Gemeinde Wennigsen (Deister)
(Abwasserbeseitigungsabgabensatzung)

Aufgrund der §§ 10 und 111 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes vom 17.12.2010 (Nds. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15.07.2020 (Nds. GVBl. S. 244), der §§ 5, 6 und 8 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes (NKAG) i. d. F. vom 20.04.2017 (Nds. GVBl. S. 121), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24.10.2019 (Nds. GVBl. S. 309) und des § 6 Abs. 1 des Niedersächsischen Ausführungsgesetzes zum Abwasserabgabengesetz i. d. F. vom 24.03.1989 (Nds. GVBl. S. 69), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20.11.2001 (Nds. GVBl. S. 701), hat der Rat der Gemeinde Wennigsen (Deister) in seiner Sitzung vom

12. November 2020

nachstehende Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung der Abgaben für die Abwasserbeseitigung der Gemeinde Wennigsen (Deister) vom 13. Dezember 2012, in der zuletzt geltenden Fassung vom 14. November 2019, beschlossen:

Artikel 1

§ 14 (Gebührenmaßstäbe) wird wie folgt neu gefasst:

§ 14

Gebührenmaßstäbe

I. Die Abwassergebühr für die Schmutzwasserentsorgung wird nach der Abwassermenge bemessen, die in die öffentliche Abwasseranlage gelangt. Berechnungseinheit für die Gebühr ist 1 m³ Abwasser.

1.) Als in die öffentliche Abwasseranlage gelangt gelten

- a) die dem Grundstück aus öffentlichen oder privaten Wasserversorgungsanlagen zugeführte und durch Wasserzähler ermittelte Wassermenge,
- b) die auf dem Grundstück gewonnene und dem Grundstück sonst zugeführte Wassermenge,
- c) die aus einer Niederschlagswassersammelanlage als Brauchwasser entnommene und in den Schmutzwasserkanal eingeleitete Wassermenge,
- d) die tatsächlich eingeleitete Abwassermenge bei Bestehen einer Abwassermesseinrichtung.

2.) Hat ein Wasserzähler oder eine Abwassermesseinrichtung nicht richtig oder überhaupt nicht angezeigt oder ist ein solcher nicht vorhanden, so wird die Wasser- bzw. Abwassermenge von der Gemeinde unter Zugrundelegung des Verbrauchs bzw. der Einleitungsmenge des vorherigen Erhebungszeitraumes und unter Berücksichtigung der begründeten Angaben des Gebührenpflichtigen geschätzt. Geschätzt wird auch, wenn die

Ablesung des Wasserzählers nicht ermöglicht wird oder der Gebührenpflichtige der Aufforderung zur Mitteilung der Zählerstände nicht oder nicht fristgerecht nachkommt.

3.) Die Wassermenge nach Ziff. 1. lit. b) und Ziff. 1. lit. c) hat der Gebührenpflichtige der Gemeinde für den abgelaufenen Erhebungszeitraum (§ 18 Ziff. 1.) innerhalb der folgenden zwei Monate anzuzeigen. Sie sind durch Wasserzähler nachzuweisen, die der Gebührenpflichtige auf seine Kosten einbauen muss. Die Wasserzähler müssen den Bestimmungen des Eichgesetzes entsprechen. Einbau, Änderungen oder Austausch dieser Wasserzähler sind der Gemeinde unverzüglich schriftlich anzuzeigen. Wenn die Gemeinde auf solche Messeinrichtungen verzichtet, kann sie als Nachweis über die Wassermengen prüfbare Unterlagen verlangen. Sie ist berechtigt, die Wassermengen zu schätzen, wenn diese auf andere Weise nicht ermittelt werden können.

4.) Wassermengen, die nachweislich nicht in die öffentliche Abwasseranlage gelangt sind, werden auf Antrag abgesetzt. Der Antrag ist nach Ablauf des Kalenderjahres innerhalb von zwei Monaten bei der Gemeinde einzureichen. Die Gemeinde kann auf Kosten des Antragstellers Gutachten anfordern. Zuviel erhobene Gebühren sind zu verrechnen oder zu erstatten.

Als Antrag gilt sinngemäß auch die Ablesung eines von der Gemeinde auf Antrag des Gebührenpflichtigen genehmigten privaten Absetzzählers (Neben- oder Gartenwasserzähler), der die nicht der öffentlichen Entwässerungsanlage zugeführte Wassermenge ermittelt. Derartige Zähler sind auf Kosten der Gebührenpflichtigen an geeigneter Stelle fest einzubauen; Zapfhahn- oder Aufschraubzähler werden nicht anerkannt. Ferner ist eine gültige Eichung/Beglaubigung sowie der Einbau in Fließrichtung ebenfalls Voraussetzung für eine Genehmigung durch die Gemeinde, welche zunächst bis zum Ablauf der jeweiligen Eichgültigkeit des Zählers befristet wird. Ausbau, Stilllegung oder Auswechslung eines genehmigten Zählers sind der Gemeinde unverzüglich schriftlich anzuzeigen. Bei ordnungsgemäßer Auswechslung eines genehmigten Zählers geht die Genehmigung unter Berücksichtigung der Eichgültigkeit befristet auf den neuen Zähler über. Auswechslungen nach Ablauf der Eichgültigkeit erfordern einen Neuantrag. Der Gemeinde und ihren Beauftragten sind genehmigte Absetzzähler zur Überprüfung zugänglich zu machen.

II. Die Abwassergebühr für die Niederschlagswasserbeseitigung wird nach der überbauten und befestigten (Betondecken, bituminöse Decken, Pflasterungen und Plattenbeläge) Grundstücksfläche bemessen, von der aus Niederschlagswasser in die öffentliche Abwasseranlage gelangt. Je 10 m² sind eine Berechnungseinheit. Flächen werden jeweils auf volle 10 m² aufgerundet.

1.) Auf Antrag werden bei der Berechnung der gebührenpflichtigen Flächen folgende Absetzungen vorgenommen:

a) Teich mit Überlaufanschluss oder Überlaufentwässerung
in die öffentliche Abwassereinrichtung	50% Absetzung
b) Versickerungsanlage mit Überlaufanschluss oder Überlaufentwässerung
in die öffentliche Abwassereinrichtung	50% Absetzung
c) Begrüntes Dach (Ausführung gemäß der FLL-Dachbegrünungs-
Richtlinie bzw. den Flachdachrichtlinien)	50% Absetzung
d) Öko-Pflasterung mit Anschluss oder Entwässerung in die
öffentliche Abwassereinrichtung	50% Absetzung
e) Rasengittersteine	100% Absetzung

- f) Zisterne mit Überlaufanschluss oder Überlaufentwässerung
in die öffentliche Abwassereinrichtung bei einem Auffangvolumen
von 4 m³ je 100 m² angeschlossener Fläche

50% Absetzung

Der Antrag ist innerhalb von zwei Monaten nach Inbetriebnahme der Anlage zu stellen. Werden höhere Absetzungen geltend gemacht, sind Nachweise in Form von Gutachten zu erbringen. Die Kosten dafür trägt der Antragsteller.

2.) Der Gebührenpflichtige hat der Gemeinde auf deren Aufforderung binnen eines Monats die Berechnungsgrundlagen mitzuteilen. Änderungen der Berechnungsgrundlagen hat der Gebührenpflichtige der Gemeinde auch ohne Aufforderung binnen eines Monats schriftlich mitzuteilen. Maßgebend sind die am 01.01. des Erhebungszeitraumes bestehenden Verhältnisse.

3.) Kommt der Gebührenpflichtige seiner Mitteilungspflicht nach Ziff. 2.) nicht fristgemäß nach, so kann die Gemeinde die Berechnungsdaten schätzen.

Artikel 2

In § 15 (Gebührensätze) werden folgende Gebühren eingestellt:

- a) bei der Schmutzwasserentsorgung 2,98 Euro/m³
b) bei der Niederschlagswasserbeseitigung 5,05 Euro/10m²

Artikel 3

§ 16 (Gebührenpflichtige) wird wie folgt geändert:

- a) In Ziffer 2.) wird das Wort „Kalendervierteljahres“ durch das Wort „Kalendermonats“ ersetzt.

Artikel 4

§ 17 (Entstehung und Beendigung der Gebührenpflicht) wird um die folgende Ziffer 2 ergänzt:

- 2.) Entsteht die Gebührenpflicht im Laufe eines Monats, so wird die Benutzungsgebühr für die Beseitigung des Niederschlagswassers ab Beginn des nächsten Monats erhoben, der der Veränderung nachfolgt. Endet die Gebührenpflicht im Laufe eines Monats, so wird die Benutzungsgebühr für die Beseitigung des Niederschlagswassers bis zum Ende des Monats erhoben, in dem Veränderungen erfolgen.

Artikel 5

§ 19 (Veranlagung und Fälligkeit) wird wie folgt geändert:

- a) In I. Ziffer 1.) wird das Wort „Vorjahres“ durch die Worte „vorherigen Erhebungszeitraumes“ ersetzt.
- b) In I. Ziffer 2.) werden hinter dem Wort „Monats“ die Worte „hochgerechnet auf den Erhebungszeitraum“ eingefügt.

Artikel 6

§ 22 (Datenverarbeitung) wird wie folgt geändert:

- a) In Ziffer 1.) werden hinter dem Wort „Verarbeitung“ die Worte „(§ 3 Abs. 3 NDSG)“ durch die Worte „(Art. 4 Nr. 2 DSGVO)“ ersetzt.
- b) In Ziffer 1.) werden hinter dem Wort „Daten“ die Worte „gemäß §§ 9 und 10 NDSG“ durch die Worte „gemäß Art. 5, 6 Abs.1 DSGVO i.V.m. NDSG“ ersetzt.

Artikel 7

§ 23 (Ordnungswidrigkeiten) wird wie folgt geändert:

- a) In Ziffer 1.) wird die neue Nummer 3 mit dem Text „entgegen § 14 I. Ziff.3 S.3 einen nicht (mehr) geeichten Wasserzähler betreibt“ eingefügt. Alle folgenden Nummerierungen verschieben sich entsprechend um einen Punkt.
- b) In Ziffer 1.) neue Nummer 4 werden hinter dem Wort „Gemeinde“ die Worte „auf deren Aufforderung“ gestrichen.

Artikel 8

Die Satzung tritt am 01.01.2021 in Kraft.

Wennigsen (Deister), den 12.11.2020

Gemeinde Wennigsen (Deister)

Christoph Meineke
Bürgermeister